

FREIBERUFLER-TICKER vom 2. Februar 2018

1. Jahreswirtschaftsbericht 2018

Die Bundesregierung erwartet für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent. Ein positives Umfeld, Außenhandel und Investitionstätigkeit tragen zum Aufschwung bei. Das geht aus dem [Jahreswirtschaftsbericht 2018](#) hervor, den das Bundeskabinett am 31. Januar 2018 beschlossen hat. Die gute gesamtwirtschaftliche Lage zeigt sich insbesondere am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote hat im Jahr 2017 mit 5,7 Prozent den niedrigsten Stand seit mehr als 25 Jahren erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen lag 2017 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes bei rund 44,3 Millionen und damit auf einem neuen Höchststand. Für das laufende Jahr erwartet die Bundesregierung eine Arbeitslosenquote von 5,3 Prozent. Ziffer 121 geht auf die Vorschläge der Europäischen Kommission für ein EU-Dienstleistungspaket ein. Dort heißt es: „Derzeit wird auf europäischer Ebene unter anderem ein Verhältnismäßigkeitstest verhandelt, durch den neue oder geänderte Berufsregulierungen überprüft werden sollen. Außerdem wird die Einführung einer elektronischen Dienstleistungskarte diskutiert, die administrative Hürden bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen abbauen soll. Die Bundesregierung setzt sich dabei für eine Lösung ein, bei der die bestehenden nationalen Regelungen und qualitätssichernden Anforderungen nicht unterlaufen werden.“

2. Jugendarbeitslosigkeit in der EU sinkt weiter

Im Dezember 2017 sind in der Europäischen Union 3,654 Millionen Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos gewesen. Das hat das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) am 31. Januar 2018 [mitgeteilt](#). Gegenüber Dezember 2016 ist deren Zahl um 411.000 Personen gesunken. Somit hat die Jugendarbeitslosenquote in der EU im Dezember 2017 bei 16,1 Prozent gelegen, im Vorjahresmonat hat sie 18 Prozent betragen. Die niedrigste Quote im Dezember 2017 hatte wie auch schon im November 2017 die Tschechische Republik mit 4,9 Prozent. Damit weist Deutschland im Monatsbezug mit 6,6 Prozent nicht mehr den niedrigsten Wert der EU-Staaten aus. Auf das [Gesamtjahr 2017](#) bezogen allerdings verzeichnet Deutschland mit 6,8 Prozent den geringsten Wert, während für die Tschechische Republik 7,9 Prozent und für den EU-Durchschnitt 16,8 Prozent ausgewiesen werden.

3. EU-Kommission legt positive Halbzeitbilanz zu Erasmus+ vor

Das Bildungsprogramm [Erasmus+](#) ist auf gutem Weg, bis zum Jahr 2020 mehr als vier Millionen Menschen bei ihrer Aus- und Weiterbildung zu fördern. Dies geht aus dem [Halbzeitbericht](#) der Europäischen Kommission hervor, den sie am 31. Januar 2018 vorgelegt hat. Bisher haben 1,8 Millionen Teilnehmer von Mobilitätsmaßnahmen profitiert; über 240.000 Organisationen haben sich an Kooperationsprojekten beteiligt. Die Evaluierung zeigt auch, dass die Beteiligten Erasmus+ sehr schätzen: Die Zufriedenheit der Teilnehmer liegt bei über 90 Prozent. Der Grund hierfür wird unter anderem in einer verbesserten Beschäftigungsfähigkeit gesehen. Erasmus+ ist das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport. Es ist mit 14,7 Milliarden Euro ausgestattet und vereint mehrere Programme für Studierende, Auszubildende und Lehrkräfte, enthält Angebote für Einzelpersonen und Organisationen. In [Deutschland](#) profitierten allein 2016 über 98.000 Teilnehmer von Erasmus+.

4. Jeder zweite Arbeitnehmer ohne formale Ausbildung arbeitet als Fachkraft

Rund 21 Prozent aller Arbeitnehmer in Deutschland arbeiten auf Stellen, für die sie nicht die erforderliche formale Qualifikation mitbringen. Sie sind „formal unterqualifiziert“. So übernimmt

mehr als jeder zweite Arbeitnehmer ohne Ausbildungsabschluss (54 Prozent) Tätigkeiten von gelernten Fachkräften. Aber auch fast jede fünfte gelernte Fachkraft übt Tätigkeiten auf Meister- oder Akademikerniveau aus. Ihre Fähigkeiten hierzu erlangen sie informell am Arbeitsplatz oder durch Weiterbildungen ohne formalen Abschluss. Auf ihren Stellen leisten sie häufig die gleiche Arbeit wie ihre formal entsprechend qualifizierten Kollegen. Ein gutes Viertel aller angestellten Männer arbeitet über ihrem formalen Qualifikationsniveau, bei den Frauen sind es 16 Prozent. Zu diesen Ergebnissen kommt eine [Studie](#) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, deren Ergebnisse Ende vergangener Woche veröffentlicht worden sind.

5. BAföG stellt keine Grundsicherung dar

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/498](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Die Linke ([19/356](#)), die am 29. Januar 2018 veröffentlicht worden ist, ausführt, könne die vom Bundesverfassungsgericht getroffene Entscheidung zur Gewährleistung des Existenzminimums nicht unverändert auf die Bemessung der Bedarfssätze beim BAföG übertragen werden. In der Kleinen Anfrage hatte die Bundestagsfraktion von Die Linke die Verfassungsmäßigkeit des BAföG-Höchstsatzes in Frage gestellt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ein Hochschulstudium die anschließenden Erwerbs- und Einkommenschancen im Allgemeinen beträchtlich erhöhe, sei die typische Situation von BAföG-Beziehern mit der von Beziehern von Grundleistungen nach dem SGB II (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende) nicht vergleichbar.

6. Zahl der über 50-jährigen Studienanfänger steigt

Im Studienjahr 2016 haben sich 1.407 Studienanfänger ohne Gasthörerstatus im Alter von 50 Jahren und älter erstmalig zu einem Studium an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. Dies hat das Statistische Bundesamt (Destatis) am 30. Januar 2018 anlässlich der Messe für digitale Bildung „Learntec“ [mitgeteilt](#), die sich unter anderem mit lebenslangem Lernen beschäftigt. Die Zahl der Studienanfänger in der Altersgruppe „50plus“ ist im Jahr 2016 gegenüber dem vorangegangenen Studienjahr um sechs Prozent angestiegen. An den 509.760 Studienanfängern insgesamt hat die Gruppe im Alter von 50 Jahren und älter im Studienjahr 2016 einen Anteil von 0,3 Prozent ausgemacht.

7. Flexible Arbeitszeitmodelle

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/506](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/369](#)) der Bundestagsfraktion von Die Linke, die am 30. Januar 2018 veröffentlicht worden ist, ausführt, arbeiten mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Betrieben mit Regelungen zu Arbeitszeitkonten. Demnach haben 56 Prozent der Beschäftigten im Jahr 2016 von flexiblen Arbeitszeitmodellen profitiert. In der öffentlichen Verwaltung haben 78 Prozent der Beschäftigten über flexible Arbeitszeitregelungen verfügt, in der Branche Bergbau, Energie, Wasser 77 Prozent, im Gastgewerbe nur 34 Prozent. Des Weiteren gehören die abhängig Beschäftigten in der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen mit durchschnittlich sieben Prozent zu den zehn Wirtschaftsabschnitten mit dem größten Anteil an abhängig Beschäftigten mit überlangen Arbeitszeiten (mit normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden von 49 Stunden und mehr).

8. Unternehmen fehlen Fachkräfte für Datenschutz

Mehr als jedes zweite Unternehmen (56 Prozent) in Deutschland hat weniger als eine Vollzeitstelle für Mitarbeiter eingeplant, die sich hauptsächlich mit Datenschutzthemen

befassen. Das ist das Ergebnis einer [Unternehmensbefragung](#) im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die Ende vergangener Woche veröffentlicht worden ist.

9. Konstanter Anteil der Beschäftigten, die am Wochenende arbeiten

Der Anteil der Beschäftigten, die regelmäßig am Wochenende arbeiten, ist in den letzten zehn Jahren relativ konstant geblieben. Das geht aus der Antwort ([19/487](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/276](#)) der Bundestagsfraktion von Die Linke hervor, die am 30. Januar 2018 veröffentlicht worden ist. Demnach haben im Jahr 2016 von den 37 Millionen abhängig Beschäftigten 24,5 Prozent (9,1 Millionen) regelmäßig am Wochenende gearbeitet. Im Jahr 2006 sind es von rund 33 Millionen abhängig Beschäftigten 24,3 Prozent gewesen (7,9 Millionen).